

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abdruck erteilt Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabott nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturzen hinfallig wird. Erschließungsort: Altensteig, Gerichtshaus Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postk. Konto Stuttgart 5780 / Teleg. Adr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321.

Nummer 135

Altensteig, Mittwoch, den 14. Juni 1933

56. Jahrgang

Die Arbeitsdienstpflicht in Genf verboten

Genf, 13. Juni. Das technische Komitee des Effektivauschusses der Abrüstungskonferenz hat seine Beratungen über die vor-militärische und anghermilitärische Ausbildung mit der Annahme eines Beschlusses abgeschlossen. In diesem Bericht wird u. a. gesagt, daß das allgemeine Verbot der nachmilitärischen Ausbildung auf den von Deutschland eingeführten obligatorischen Arbeitsdienst ausgedehnt sei. Der deutsche Vertreter hat hiergegen Verwahrung eingelegt.

Ein absurder Beschluß des Effektivauschusses der Abrüstungskonferenz

Berlin, 13. Juni. Der gestrige Beschluß des Effektivauschusses der Abrüstungskonferenz, in dem auf französischen Antrag ein Verbot der Arbeitsdienstpflicht gefordert wird, wird in Berliner politischen Kreisen als völlig absurd bezeichnet. Ein solcher Beschluß gegen die Möglichkeit von Arbeitsbeschaffung mag im Augenblick um so unsinniger wirken, in dem gleichzeitig in London die führenden Staatsmänner der Welt zusammen-traten, um der nicht zuletzt durch die Arbeitslosigkeit entstan-denen Weltnotlage zu freuern.

In politischen Kreisen betrachtet man die durch diesen Beschluß entstandene Situation durchaus ruhig und nüchtern und weist darauf hin, daß sich die Generalkommission noch einmal mit der ganzen Angelegenheit beschäftigen wird.

Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht bedeutet für den neuen Staat ein dringendes Erfordernis, um die männliche deutsche Jugend für die Handarbeit zu erziehen. Die Dienst-pflicht ist darüber hinaus vor allem erforderlich, um der deut-schen Wirtschaft Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen insbesondere um durch vorzuziehendere Ausnutzung des Bodens die lebensnot-wendige Ernährungsbasis herzustellen, die der verfallene Ver-trieb im Osten uns geraubt hat.

Vorschläge für den ständischen Aufbau des Handwerks

Berlin, 13. Juni. Reichswirtschaftsminister Dr. Eugen-berg hatte dem Generalsekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerbelammertages, Dr. Meusch (Hannover) den Antrag erteilt, einen Entwurf über die Reichshandwerksordnung vor-zulegen. Nach dem nun vorliegenden Entwurf, zu dem die Re-gierung noch nicht Stellung genommen hat, soll der Aufbau der Ständesorganisation sich nach sozialer Grundlage vollziehen. Die Berufsgruppen des Handwerks auf der Seite der selbständi-gen Meister und Betriebe werden in Pflichtinnungen und die in den Betrieben beschäftigten Gesellen und sonstigen Arbeitnehmer in Pflichtgesellschaften zusammenge-faßt.

Entscheidend ist aber nicht nur die Schaffung dieser beiden auf Pflichtzugehörigkeit der Mitglieder aufgebauten Säulen, son-dern die verbindende Gemeinschaftsarbeit in einer Gemeinschafte-vertretung, die die Bezeichnung „Amt“ erhalten soll. Etwaige Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat die Schlichterkammer bei der Handwerkskammer zu entscheiden. So-wohl das Amt als auch die Schlichterkammer werden gleichmäßig be-setzt werden. Die Innung unterliegt der Aufsicht des Bezirks-sachverbandes, in der Reichsvereinsinstanz der Handwerkskammer, der Bezirksfachverband unterliegt der Aufsicht des Reichsfachver-bandes, in der Reichsvereinsinstanz dem Reichsverband des Deutschen Handwerks. Die berufständische Vertretung liegt den Hand-werkskammern ob, die für ein bestimmtes Wirtschaftsgebiet (Wirtschaftsprotzing) errichtet werden. Träger der Handwerks-kammern sind die im Wirtschaftsgebiet vorhandenen Bezirksfach-verbände und Bezirksgesellschaftsjuristen. Auf diesen Körper baut sich der Reichsverband des Deutschen Handwerks auf. Der Reichs-verband übernimmt die Verpflichtung gegen den Staat und die Reichsregierung, die volkswirtschaftlichen und sozialwirtschaftli-chen Obliegenheiten des gesamten deutschen Handwerks in den Gesamtmaßnahmen der Wirtschaft und des Staates einzuordnen.

Beginn der Stillhalteverhandlungen in London

London, 13. Juni. Die Verhandlungen über die deutschen Still-haltabkommen wurden heute in London mit einer allgemeinen Erklärung des deutschen Schuldproblems eröffnet. Der britische Währungsminister erklärte nach wie vor nicht so sehr von englischer Seite, sondern als vielmehr von Seiten der holländischen und schweizer-schen Vertreter. Die englischen Vertreter vertreten die Ansicht, daß es im Interesse des deutschen Kredites vor allem notwendig sei, den Zinsendienst aufrecht zu erhalten, wären andererseits zu Verhandlungen über die Höhe des Zinsdienstes bereit.

Außenminister Freiherr von Neurath auf der Weltwirtschaftskonferenz

In der Nachmittags-sitzung der Weltwirtschaftskonferenz hielt der deutsche Reichsaußenminister Freiherr von Neurath folgende, mit größter Aufmerksamkeit von den Delegationen angehörite Rede:

Wir stehen unter dem Eindruck der bedeutungsvollen Worte, die S. M. der König an uns zu richten geruhte. Die deutsche Delegation entbietet Seiner Majestät ihren ehrerbietigsten Dank dafür und die Versicherung, daß die deutsche Delegation im Gei-ße seiner Worte an die Konferenzarbeiten herantritt.

Ich möchte diese erste Gelegenheit auch dazu benutzen, um der Grobbritannischen Regierung meiner Regierung Dank auszusprechen für die Initiative, die sie bei der Einberufung und der Vorbereitung dieser Konferenz ergriffen hat, und für die bersch-ließe Begünstigung, die der englische Ministerpräsident MacDonald, unser hochverehrter Präsident, uns gewidmet hat. Möge die Konferenz sich dieser großen Initiative durch einen erfolgreichen Verlauf wert erweisen.

Herr Präsident, ich folge Ihrem Beispiel und nehme wie Sie in der Generaldebatte Abstand davon, die Gründe zu unter-suchen, die zu der heutigen Zerrüttung der Weltwirtschaft geführt haben. In den Jahren, seitdem die Krise die Welt belastet, ist darüber außerordentlich viel gesprochen worden. Diese Gründe liegen ja nicht lediglich auf wirtschaftlichem Gebiet und es wird dadurch nicht leichter, daß einer den anderen zu einer veränderten Auffassung zu bekehren vermag, wir müssen die Aufgaben der Konferenz vielmehr mit Ihnen, Herr Präsident, darin er-bilden, praktische Arbeit für die Zukunft zu leisten.

Als Vertreter der deutschen Regierung sehe ich deshalb auch ganz davon ab, über die besondere Rolle Deutschlands Ausführungen zu machen. Ich werde mich vielmehr nur auf eini-gige allgemeine Bemerkungen über die deutsche Haltung zu den die Konferenz beschäftigenden Problemen beschränken. Wir er-blicken in der Zusammenkunft der Regierungen aller Staaten der Erde gerade den Vorteil, bei vorbedachter Darlegung der großen Schwierigkeiten für sie Verständnis zu wecken. So wird man auf der Grundlage der wieder in Ordnung gebrachten Na-tionalwirtschaft die Bausteine für die Verbindung mit den über-bleibenden Völkern der Welt schaffen. Wir müssen uns ebenfalls auf den Standpunkt stellen, daß nur die richtige Einsicht in die Lage des am Wiedergesundung im einzelnen Haus ringenden deutschen Volkes die zutreffende Einstellung für die Wahl der Mittel sein kann, die erforderlich sind, um die Notlage bei uns zu wech-seln. Es wird in unseren Beratungen noch genügend Raum ge-geben sein, im Einzelnen die Materie ausführlich zu behandeln. Für die Generaldebatte möchte ich den allgemein anerkannten und auch in dem Bericht der Experten ausgenommen volks-wirtschaftlichen Grundgedanken erneut betonen, daß internationale Schulden letzten Endes nur durch Waren und Dienstleistungen abgetragen werden können. Dieser Grundsatz wird für uns bei der heutigen Lage der deutschen Wirtschaft den Ausgangspunkt bilden müssen.

Es ist klar, daß zwischen den die Konferenz beschäftigten fi-nanziellen und wirtschaftlichen Problemen eine innere Verbin-dung besteht. Immerhin liegt mir daran, schon heute mit aller Deutlichkeit auf folgendes zu verweisen:

Nach unserer Auffassung werden die wirtschaftlichen und ins-besondere die handelspolitischen Probleme erst dann der Lösung zugeführt werden können, wenn man sich zuerst über die funda-mentalen Grundzüge der Kredit- und Finanzfragen befriedigend verständigt hat. Die Welt hat bisher angenommen, daß bei allen diesen Problemen die Interessen der hier vertretenen Staaten nicht gleich liegen. In der Tat scheinen, wenn wir jedes der Probleme für sich ansehen, die Interessen gegenläufig zu sein. Die Staaten mit landwirtschaftlichem Export haben scheinbar andere Interessen, wie die Länder, die landwirtschaftlich nicht selbst genügend oder wenigstens nur einen Teil ihres Bedarfes im eigenen Lande produzieren. Die Gläubigerländer haben scheinbar andere Interessen wie die Schuldner, und die Länder mit Goldwährung andere als die Länder, die den Goldstandard verlassen haben, oder ihre Währung durch Devisenregulierung schützen müssen. Aber diese Konferenz in ihrem überwältigenden Willen zur Erkenntnis der gemeinsamen Interessen ist der schlagende Beweis dafür, daß es sich bei allen diesen Gegen-sätzen nur um scheinbare Gegensätze handelt. Die Industrie kann nicht leben, wenn die Landwirtschaft nicht lebt und umgekehrt. Der Gläubiger kann nicht leben, wenn der Schuldner nicht lebt. Die Goldwährung hat keinen Sinn, wenn die Freizügigkeit des Gol-des nicht gewährleistet ist. Nachdem diese Konferenz der leben-dige Ausdruck dieser Einsicht ist, werden wir auch den Mut auf-bringen müssen, die sich daraus ergebenden Lösungen durchzu-führen. Freilich werden die Völker und Regierungen sich dazu nur durchringen, wenn das Vertrauen und ein friedliches und

verständnisvolles Zusammenleben der Völker wieder hergestellt wird, wenn die großen politischen Aufgaben geregelt werden, die immer noch der Lösung harren. Der Herr Präsident hat auf diese politischen Aufgaben hingewiesen. Daß das andere große politi-sche Problem, um dessen Lösung wir seit Jahren ringen, vor dieser Konferenz nicht mehr gelöst werden konnte, war eine harte Enttäuschung.

Die deutsche Regierung kann vom sich sagen, daß sie ihr Teil dazu beigetragen hat, das Vertrauen wieder herzustellen. Selten wohl ist eine Regierungserklärung in der Welt mit mehr Span-nung erwartet worden, wie die kürzliche Erklärung des Reichs-ministers Hitler vor dem deutschen Reichstag. Selten wohl ist eine Regierungserklärung mehr gerinnend als diese, Verabingung zu schaffen und der Wiederkehr des Vertrauens die Wege zu ebnen. Der Wert dieser Regierungserklärung kann nicht dadurch gemindert werden, daß gesagt wird, das sind Worte, wir wollen die Handlungen abwarten. Die deutsche Regierung hat ab-wartet. Sie hat ihren vollen Teil dazu beigetragen, um die große von Staatsmännlicher Weisheit eingesehene Initiative des Ita-lienischen Regierungschefs zu verwirklichen und den Paß von Rom zu schaffen. Sie hat der Völkervereinigung in Genf ein-nen neuen Antrieb gegeben, indem sie den Plan des Herrn Mac-donald als Grundsatz bei der zukünftigen Konvention an-nahm. Sie hat das getan, obwohl die Erfüllung der Ver-pflichtungen, auf die Deutschland einen Anspruch hat, noch nicht sicht-bar ist. Vergessen wir nicht, daß ohne eine Lösung der größten schwebenden politischen Fragen die Beratungen dieser Kon-ferenz zu keinem befriedigenden Ergebnis führen können.

Reden des französischen und des italienischen Delegationsführers auf der Weltwirtschaftskonferenz

London, 13. Juni. Im Verlauf der Sitzung der Weltwirt-schaftskonferenz legte der französische Ministerpräsident Daladier die Ansichten der französischen Regierung zu den Problemen der Weltwirtschaft dar. Er erinnerte daran, daß es auf der Welt mehr als 30 Millionen Arbeitslose gebe. Ueber die Weltwirt-schaftskrise sei schon sehr viel geschrieben worden, daß selbst die riesigen Räume des Geologischen Museums in denen die Kon-ferenz stattfindet, nicht ausreichten, um alle diese Abhandlungen unterzubringen. Man müsse wieder den Menschen zum Herrn über die Maschine machen und dürfe nicht zulassen, daß die Ma-schine den Menschen beherrsche. Dazu sei es aber notwendig, die Probleme, die sich auf dem Gebiete des Weltweins und der Pro-duktion ergeben hätten, zu lösen. Um internationale Handels-übereinkommen von Dauer und Abmachungen über die Regelung der Produktion abzuschließen zu können sei es notwendig, den internationalen Geldverkehr in Ordnung zu bringen. Besonders notwendig sei die Vergebung großer öffentlicher Aufträge, um die Arbeitslosen in den Wirtschaftsspross wieder einzugliedern.

Daladier erklärte, man müsse die Freizügigkeit des Geldes wie-der herstellen denn nur so könne man die Kämpfe auf dem Ge-biete des internationalen Geldweins beenden. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes könne herbeigeführt werden, wenn die Bierzig-standenwoche international angenommen würde.

Der italienische Delegierte Jung betonte, daß erst das inter-nationale Schuldenproblem gelöst werden müsse, ehe man an eine Erhöhung des internationalen Preiseniveaus und an eine Begrenzung der Zollschranken herangehen könne. Die Erhöhung des Preiseniveaus dürfe lediglich im Zusammenhang mit dem Währungsproblem verhandelt werden. Eine Besserung der inter-nationalen Wirtschaftsverhältnisse könne nur durch eine tatsäch-liche Stabilisierung der Währungen erzielt werden.

Erklärungen des polnischen Vertreters auf der Weltwirtschaftskonferenz

London, 13. Juni. Der Vertreter Polens, der in der heutigen Nachmittags-sitzung der Weltwirtschaftskonferenz das Wort er-griff, erklärte, es sei verfehlt, zu große Hoffnungen auf eine Besserung der Preise zu machen. Man müsse den Versuch machen, die Konsumkraft der Welt wieder herzustellen.

Zur Rede des Reichsaußenministers

London, 13. Juni. Die Rede des Reichsaußenministers wurde von der Weltwirtschaftskonferenz mit großem Beifall aufgenom-men. Bei einem Empfang der deutschen Pressevertreter erklärte Ministerialdirektor Ritter, der Reichsaußenminister habe in seiner Rede vor der Weltwirtschaftskonferenz infolge der Be-schränkung der Rededauer auf 15 Minuten lediglich die all-gemeinen Fragen kurz andeuten können. Die Behandlung der einzel-nen Fragen soll bis zu den Spezialdebatten verschoben werden. Der Reichsaußenminister legte vor allem Wert auf die Betonung der Bedeutung der politischen Fragen für den Erfolg der Welt-wirtschaftskonferenz.



Die amerikanische Erklärung in London verschoben
 London, 13. Juni. Eine Ueberraschung bedeutete es für die Weltwirtschaftskonferenz, daß der amerikanische Hauptdelegierte, Staatssekretär Cord Hull, der an erster Stelle auf der Rednerliste am Dienstag stand, nicht das Wort genommen hat. Die Annahme, daß er die amerikanische Erklärung wegen der noch nicht geregelten Frage der britischen Schuldenszahlung verschoben hat, wurde von Hull in einer Privatunterredung zwar energisch bestritten, seine Begründung aber, daß er zu müde sei, weil er schon abends zuvor eine Rede gehalten habe, findet wenig Glauben. Jedenfalls steht fest, daß Hull seine Erklärung am Mittwoch nachholen wird.

Wirtschaftsblock der Oslo-Staaten auf der Weltwirtschaftskonferenz?
 London, 13. Juni. Wie Reuters meldet, sollen Skandinavien, Holland, Belgien und Luxemburg bereits Maßnahmen für den Fall eines Scheiterns der Weltwirtschaftskonferenz ergriffen haben. Falls die großen Mächte zu keiner konkreten Entscheidung kommen sollten, würden die genannten Staaten unabhängig voneinander handeln.

Private Zusammenkünfte in London
 London, 13. Juni. Während die Weltwirtschaftskonferenz ihre öffentlichen Verhandlungen fortsetzt, finden eine Reihe von Zusammenkünften zwischen den verschiedenen Vertretern der Finanz-Sachverständigen der Großmächte hinter verschlossenen Türen statt. Diese Beratungen betreffen die Kriegsschulden und die Währungsstabilisierung, die kurzfristigen und die langfristigen Anleihen Deutschlands.
 Es verlautet, daß amerikanische und andere Finanzsachverständige mit dem neugebildeten Ausschuss der britischen Gläubiger langfristiger deutscher Anleihen zusammengekommen sind, um über eine gemeinsame Politik zu verhandeln.

Die Vorgänge in Oesterreich
Reichstagsabgeordneter Habicht in Linz verhaftet
 Wien, 13. Juni. Der Landesinspektor der NSDAP in Oesterreich, Reichstagsabgeordneter Habicht, ist nach Mitteilung des Ministers für die öffentliche Sicherheit, Sey, in Linz verhaftet worden. Hierzu wird aus Linz berichtet: Im Laufe der Nacht hat die hiesige Polizei ihre Aktionen gegen die Führer der österreichischen nationalsozialistischen Bewegung, die ihre Landesleitung in Linz hat, eingeleitet. Als die Polizei nach Mitternacht in das Wohnhaus des Landesinspektors Habicht eindringen wollte, fand sie alle Eingänge verschlossen. Den Einlaß begehrenden Polizeibeamten erklärte Habicht, daß er nur der Gewalt weichen werde. Darauf wurde ein Schloßer geholt, der die Tür aufbrach. Dann wurden Habicht und einige Parteigenossen, darunter sein Sekretär Steinert, der ebenfalls Reichstagsabgeordneter ist, verhaftet und ins Linzer Polizeigefangenenhaus eingeliefert. Die Hausleitung verlor ohne Ergebnis. Unter den verhafteten Reichstagsabgeordneten in Wien befindet sich auch der frühere Oberleutnant Cohrs. Ferner wurden in Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland einschließlich Eisenstadt sämtliche Bezirksleiter der NSDAP, 27 an der Zahl, verhaftet.

Besuch österreichischer Nationalsozialisten auf der Wiener Polizeidirektion
 Wien, 13. Juni. Die gesamte nationalsozialistische Landtagsfraktion erschien am Dienstag um 9.30 Uhr mit Gauleiter Frenzenfeld auf der Polizeidirektion. Kamens der Fraktion erklärte Gemeinderat Dr. Walter Kiehl dem Polizeipräsidenten, die Nationalsozialistische Partei in Oesterreich habe immer auf dem Standpunkt der Legalität gestanden und verurteile auch heute noch jedes Abweichen vom legalen Wege, zumal Adolf Hitler den legalen Weg auch immer innegehalten habe. Die Gewalttate der letzten 24 Stunden seien als eine Folge der Ausschaltung der Führung der Partei zu betrachten. Vorbereitete Flugblätter revolutionären Inhaltes seien offenbar von unverantwortlichen privaten Stellen ausgegangen, wenn nicht gar von Propagatoren. Wenn die Aktionsfähigkeit der Leitung der NSDAP weiterhin durch Sperrung der Parteibürostellen verhindert werde, so sei es nicht zu verwundern, daß die Leidensschalten junger Leute, wie etwa der Studenten, bis zur Gluthitze entfacht würden und nicht abzuschätzende Folgen eintreten können. Er forderte deshalb den Polizeipräsidenten auf, dem Vizefängler Dr. Winkler telefonisch das Erlauchen um Wiedereröffnung der Parteibürostellen der NSDAP zu übermitteln. Während die 14 Gemeinderäte in der Polizeidirektion noch auf Antwort warteten, wurden sechs Gemeinderäte zum sofortigen Verhör in das an der Kollauerstraße gelegene Kriminalinspektorat vorgeladen.
 Die Zahl der in diesen Tagen in Oesterreich bisher festgenommenen reichsdeutschen Mitglieder der NSDAP beträgt, den Mittagsblättern zufolge, etwa 80.

Neuer Sprengstoffanschlag in Wien
 Wien, 13. Juni. Auf das Einheitswohngesellschaft Haus der Kleinpreise im Wiener Bezirk Favoriten wurde früh gegen 2 Uhr ein Sprengstoffanschlag verübt. Der Explosionskörper richtete am Portal an beiden Ausgängen und am Keller gewölbe starken Schaden an. Verletzt wurde niemand. Die Polizei sucht nach zwei jungen Leuten, die als Täter in Betracht kommen.

In der Nähe Wiens wieder ein Sprengkörper explodiert
 Wien, 13. Juni. In der Nähe Wiens, am Laaer Berg, ist heute kurz nach Mitternacht vor dem Gitter einer Hütte, in der Pfadfinder untergebracht sind, ein Sprengkörper explodiert. Es wurden jedoch nur einige geringfügige Beschädigungen verursacht.

Neue Beschlüsse des österreichischen Ministerrats
 Wien, 13. Juni. Der Ministerrat beschloß zum Zwecke einheitlicher und strenger Exekution die Bestellung von „Sicherheitsdirektoren“, die der Bundesregierung unmittelbar unterstellt sind. Ferner soll unter Beratung der regierungstreuer Verbände eine Sicherheitsregulativ gebildet werden. Die Landesregierungen wurden aufgefordert, auch den Landes- und Gemeindegewalt die Zuständigkeit zur NSDAP zu verbieten.

Baugoin droht mit Ständerecht
 Wien, 13. Juni. Heeresminister Baugoin beschäftigte sich in einer Kassenversammlung im katholischen Vereins-

haus mit den jüngsten Ereignissen in Oesterreich und erklärte: In Oesterreich gibt es keine Revolution. Sollte aber eine Revolution versucht werden, dann würden wir noch zu einem anderen Mittel greifen. Es gibt dann noch Ständerecht. Aber es wird hoffentlich gar nicht so weit kommen. Unsere Gendarmerie und unsere Polizei erfüllen ihre Pflicht und das Bundesheer wird das übrige besorgen.

Zugehörigkeit österreichischer Bundesbeamter zur NSDAP verboten

Wien, 13. Juni. Der Ministerrat hat einen Erlass genehmigt, demzufolge die Zugehörigkeit der Bundesbeamten zur nationalsozialistischen Partei und das Werten für diese Partei als staatsfeindlich erklärt wird.

Deutscher Protest gegen die Verhaftung des Reichstags-Abgeordneten Habicht

Berlin, 13. Juni. Die deutsche Gesandtschaft hat bei der österreichischen Regierung formell schärfsten Protest gegen die Verhaftung des deutschen Reichstagsabgeordneten Habicht in Linz eingelegt und sich alle weiteren Schritte vorbehalten. Der Abgeordnete Habicht ist vor einigen Wochen der deutschen Gesandtschaft in Wien als Presseattache zugeteilt worden. Die österreichische Regierung hat seinerzeit diese Zuteilung nicht zur Kenntnis genommen und vor einigen Tagen mitteilen lassen, daß der Abgeordnete Habicht persona ingrata sei. Es ist deshalb eine Streitfrage, ob Habicht exterritorial ist oder nicht.

Reinigung bei der SPD

Ausschluß von Wels, Stampfer, Breitheid und Vogel aus der SPD?
 Berlin, 13. Juni. Die nunmehr bestätigte Meldung, daß die Parteiführer der SPD, Wels und Vogel, in Gemeinschaft mit Breitheid und Stampfer in Prag ein Büro eröffnet haben, das sich „Reichsleitung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei“ nennt und das bei der zweiten Internationale angemeldet worden ist, hat die in Deutschland verbliebenen Führer der SPD in große Schwierigkeiten gebracht. Sowohl die Landtags- als auch die Reichstagsfraktion der SPD haben sich scharf dagegen ausgesprochen, daß eine Reichsleitung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei im Ausland existiere. Es ist nachdem nunmehr dieser Schritt erfolgt ist, große Stimmung dafür vorhanden, Wels, Breitheid, Stampfer und Vogel aus der SPD auszuschließen. Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit dem Sitz in Berlin würde dann vermutlich der ehemalige Reichstagspräsident Loh übergeben, der in Deutschland geblieben ist und bereits seit geraumer Zeit die Geschäfte der Partei führt. Angekündigt ist auch die Frage, ob Stampfer zur Herausgabe des „Vorwärts“ als Wochenblatt in Prag überhaupt berechtigt ist, da der „Vorwärts“ Eigentum der SPD ist und die deutschen Sozialdemokraten nicht daran denken, das Verlagsrecht herauszugeben. Sie erziehen vielmehr, wie aus ihren Kreisen verlautet, die Erlaubnis, den „Vorwärts“ wieder erscheinen lassen zu dürfen, so daß dann vielleicht das Bild entsteht, daß der „Vorwärts“ sowohl in Berlin wie in Prag erscheint.

Wehrkreispfarrer Müller Schirmherr für den Lutherfest der „Deutschen Christen“

Berlin, 13. Juni. Wie das WdJ-Büro meldet hat der Vertrauensmann des Reichsanwalters in kirchlichen Angelegenheiten, Wehrkreispfarrer Müller, die Schirmherrschaft für den von der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ am 10. November d. J. im ganzen Reichsgebiet geplanten großen Lutherfesttag übernommen. Die organisatorische Leitung dieser großen Lutherfesttag liegt in den Händen des Reichskulturreferenten der Glaubensbewegung Bierschwald. In dem Festausflug der zur Zeit in der Bildung begriffen ist, werden führende Vertreter der nationalsozialistischen Partei und der Glaubensbewegung sich befinden, die vor allem auch auf kulturellem Gebiete hervorgetreten sind. Der Lutherfesttag am 10. November wird bezugnehmend auf den 450. Todestag des großen Reformators. Er soll, in gewissem Sinne auch als ein protestantisches Gegenstück zum Katholikentag, ein großer Protestantentag werden.

Einigung England mit Amerika über die Kriegsschulden?

London, 14. Juni. Reuters zufolge verlautet, daß zwischen der britischen Regierung und Präsident Roosevelt eine endgültige Vereinbarung zustande gekommen ist, die sich nicht nur auf die am Donnerstag zu leistende britische Zahlung, sondern auch auf eine Prüfung der ganzen Kriegsschuldenfrage bezieht, die von den Vereinigten Staaten aus unternommen werden soll. — Amtlich wird nichts über die Höhe der morgigen Zahlung mitgeteilt; es heißt aber, daß sie der Summe von einer Million Pfund Sterling näherkommen wird als die allgemein in der Presse genannten Summe von 2 Millionen Pfund Sterling.

Washington, 13. Juni. Abgesehen von der Tatsache, daß die britische Note für den 15. 6. eine Teilzahlung anbietet, ist nichts zuverlässiges bekannt. Wie verlautet, ist eine italienische Note überreicht worden, die ein ähnliches Angebot macht wie die britische.

Neues vom Tage

Nationalsozialistische Führertagung
 Berlin, 13. Juni. Im Laufe des Dienstag sind in Berlin zahlreiche nationalsozialistische Führer aus dem Reich eingetroffen, um an der großen nationalsozialistischen Führertagung teilzunehmen, die vom Mittwoch bis einschließlich Freitag in Berlin stattfindet. Höhepunkt der Tagung ist der Donnerstag, an dem wahrscheinlich Hitler das Wort ergreifen wird, um die allgemeine Situation vor den versammelten Amtsleitern, Gauleitern, Gaujugungsleitern, Inspektoren, den Leitern der Kampfverbände und Betriebszellen, den Lehrern der Reichsführerschule, den nationalsozialistischen Verlagsleitern und Hauptstiftungsleitern zu kennzeichnen. Göring und alle anderen nationalsozialistischen Minister in Reich und Ländern, die Ober-

gruppenführer der SA und SS, und der Hitlerjugend sowie Vertreter der Wirtschaft werden ebenfalls zugegen sein. Die letzte große Führertagung hat vor einer Reihe von Wochen im Braunes Haus in München stattgefunden.

Kürzung am Getreidemarkt

Berlin, 13. Juni. Im Hinblick auf die geringe Unternehmungslust an den deutschen Getreidemärkten wird von zuständigen Stellen darauf hingewiesen, daß man aufgrund der Erhebungen entgegen den bisherigen Erwartungen mit einer glatten Räumung der Getreidevorräte beim Landwirt bis zur neuen Ernte rechnen und daß die Getreidepolitik der nationalen Regierung einen grundsätzlichen Umschwung der Marktlage herbeigeführt hat. Hinzu kommt ferner, daß nach der Anpassung der Deckungspreise an die Getreidepreise in den nächsten Monaten eher mit einer Erhöhung des Getreideverbrauches als mit einer Verminderung zu rechnen ist, was zu einer beträchtlichen Schrumpfung der Getreidevorräte in zweiter Hand führen wird.

Eine Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

Berlin, 13. Juni. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben sich entschlossen, dem Führer der nationalen Freiheitsbewegung Adolf Hitler einen Fonds zur Verfügung zu stellen, der der NSDAP die Durchführung beschlossener Wiederaufbauwerke ermöglichen soll. Zu diesem Zweck wurde eine „Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ ins Leben gerufen, deren Leitung in den Händen eines Kuratoriums der beteiligten Wirtschaftszweige unter Führung von Herrn Dr. Krupp von Bohlen und Halbach steht.

Eine Studienkommission führender amerikanischer Verwaltungsbürokratien besucht Deutschland

Ein sehr beachtlicher Besuch steht Deutschland in Kürze bevor. Eine Gesellschaft intendierender amerikanischer Verwaltungsbürokratien und offizieller Vertreter amerikanischer Städte beabsichtigt, in Verbindung mit dem Deutschen Städtetag eine Rundreise durch Deutschland zu machen um städtische Verwaltungsmethoden und kommunalwirtschaftliche Einrichtungen zu studieren. Die Studiengruppe wird am 16. Juni in Hamburg eintreffen. Die Teilnehmer beabsichtigen, vor allem Berlin, dann eine Reihe anderer deutscher Städte zu besuchen.

Ein Fragebogen für die 40stündige Arbeitswoche

Genf, 13. Juni. Die Internationale Arbeitskonferenz hat über die Frage der 40stündigen Arbeitswoche beschlossen, daß zunächst ein besonderer Ausschuss einen Fragebogen ausarbeitet. Dieser Fragebogen wird den Regierungen gegeben. Die Aufgabe der nächstjährigen Arbeitskonferenz wird es sein, ein formelles Abkommensprotokoll durchzuführen und es zu beschließen. Diese Forderung entspricht dem Wunsch der deutschen Delegation.

„Graf Zeppelin“ daheim

Friedrichshafen, 13. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Dienstag nachmittags 15 Uhr 20 von seiner Südamerikafahrt zurück gelangt. Die Fäbrung hatte Dr. Eckener, an Bord waren 13 Beobachter.

Das Wallertal deutsches Reisegebiet

München, 13. Juni. Das höchstgelegene deutsche Reisegebiet, das kleine Wallertal bei Oberstdorf im Allgäu mit dem Sommerfrischlern Rieslern, Hirschegg und Mittelberg unterliegt als deutsches Wirtschaftsgebiet nicht der 1000-Mark-Ausreisegeld. Das Tal, das österreichisches Staatsgebiet ist, ist bekanntlich nur von Deutschland aus zugänglich und gilt als reichsdeutsches Wirtschaftsgebiet.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 14. Juni 1933.

Amtliches. In den Ruhestand versetzt wurde seinem Ansuchen gemäß Rippmann, Oberamtsvorstand in Calw.

Gemeindeabend. Auf den in der heutigen Nummer angezeigten Gemeindeabend möchten wir hier noch einmal hinweisen.

Volls-, Berufs- und Betriebszählung. Bekanntlich findet nach Verluß von acht Jahren am 16. Juni 1933 wieder eine Zählung statt. Die Zählung dient dazu, wichtige Grundlagen für die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse im Reich und in Württemberg zu gewinnen. Für die Volkszählung ist die Nacht vom 15. auf 16. Juni maßgebend. Die einzelnen Haushaltungen erhalten Haushaltslisten zum ausfüllen. Daneben werden noch Land- und Forstwirtschaftskarten, sowie Gewerbestellen ausgegeben, erstere an land- oder forstwirtschaftliche Betriebe über 0,5 Hektar und letztere an Gewerbebetriebe, in denen außer dem Betriebsinhaber noch weitere Personen beschäftigt sind. Die hiesige Stadtgemeinde ist in elf Zählbezirke eingeteilt. Das Zählgeschäft ist ein außerordentlich peinliches, weshalb den Zählern ihre Aufgabe durch gewissenhafte und deutsche Beantwortung der Erhebungspapiere erleichtert werden sollte.

Der Bauer in der Volkszählung. Die VC schreibt: Zu diesem Thema erhalten wir folgende Zuschrift: Nach der letzten Volkszählung, die ebenfalls in die Heuernte und damit in eine Zeit der bäuerlichen Spitzenleistung fiel, wurde mir gesagt, daß eine Reihe von Angehörigen des Bauernstandes falsch aufgeführt wurde. Sie sind nicht zu den Erzeugern zu den Verbrauchern gezählt worden. In den letzten Jahren wurde dann immer behauptet, die landw. Erzeuger seien nur noch 25 oder 30 Prozent stark, alles andere seien Verbraucher, also seien deren Interessen zunächst zu fördern. Das war das Mäntelchen, das die verflochtenen Regierungen ihren falschen Maßnahmen immer umhängten. Es sollte hier aufklärend gewirkt werden. Ganz besonders sollten die Vorkämpfer, die von Haus zu Haus gehen, angetrieben werden, alle bäuerlichen Einwohner richtig einzutragen. Die Bäuerin ist nicht Hausfrau, sondern Bäuerin, der Bauernbürgermeister ist nicht Beamter, sondern Bauer, der alte Bauernvater, der den Hof übergeben hat und im Austragkübel wohnt, ist nicht etwa Rentner oder Privatier, sondern Altbauer. Auch die Bauernmutter, die in der Stadt das Kochen oder Nähen lernt, ist dem bäuerlichen Berufsstand zuzuzählen. Freilich war lange der Bauernstand ein



verachteter, aber jetzt ist die Umkehr eingetreten, es muß jeder bei der Volkszählung richtig vermerkt werden, dann wird es sich zeigen, daß weit mehr mit der landw. Erzeugung Beschäftigte vorhanden sind, als bisher die Statistik auswies. Bauern heraus an die Öffentlichkeit!

Wer bekommt im neuen Ständestaat das Recht zur Ausübung eines Gewerbes? Darüber sprach Staatskommissar Krenz-Alzen auf der Freirechtstagung in Freudenstadt. Diese für alle Kreise interessanten Ausführungen besagten u. a., daß die Grundbedingungen zur Genehmigung der Ausübung eines Gewerbes folgende sind: Drei Jahre rechnungsmäßige Lehrgang, nach Verlauf derselben Ablegung einer ordnungsmäßigen Prüfung, und mehrere Jahre Dienst als Geselle. Während außerdem zur selbständigen Ausübung eines Gewerbes ein bestimmtes Alter vorgeschrieben wird, kann die nötige Handwerkskarte erst nach Erfüllung dieser sämtlichen Bedingungen ausgestellt werden. Daburh ist die absolute Garantie gegeben, daß nur qualifizierte Jugend den Nachwuchs in unserem Gewerbe bildet.

Der 17. Juni schulfrei. Das württ. Kultministerium hat bestimmt, daß am Samstag, den 17. Juni der Unterricht in sämtlichen Unterrichtsanstalten einschließlich der Hochschulen wegen der Heranziehung einer großen Zahl von Lehrern und Studierenden zum Zähleramt ausfällt. Der ausfallende Unterricht ist an den Volksschulen, Mittelschulen, höheren Schulen und höheren Handelsschulen im Laufe des Monats Juni 1933 nach näherer Anordnung der Schulverstände in geeigneter Weise vorzusagen oder nachzuholen.

Erlaß des Kultministeriums über das Fest der Jugend. Der württ. Kultminister veröffentlicht den bereits bekannten Erlaß des Reichsinnenministers und fügt hinzu: Ich bestimme hiermit, daß am Samstag, den 24. Juni, der Unterricht in allen württembergischen Schulen ausfällt. Alle Lehrer und Schüler sind zur Teilnahme am Fest der Jugend verpflichtet. Etwa geplante Kinderfeste sind auf diesen Tag zu legen und in das Fest der Jugend einzugliedern. Um eine einheitliche Durchführung des Festes zu gewährleisten und jede Zerplitterung zu vermeiden, wird die Leitung für ganz Württemberg gemeinsam vom Kultministerium (Vertreter: Oberregierungsrat Dr. Drück, zugleich als Vorsitzender des Landesauswahlschusses für Jugendpflege), von den Turn- und Sportverbänden (Vertreter: Dr. Klett als Landesbeauftragter des Reichssportkommissars) und von der Hitlerjugend (Vertreter: Gebietsführer Bacha) übernommen. Die von den genannten Vertretern aufgestellten Richtlinien sind für sämtliche Schulen, Turn- und Sportvereine und Jugendorganisationsverbindlich.

Befreiung vom Schulbesuch zur Verhütung der Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche. Das württ. Kultministerium hat zur Verhütung der Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche angeordnet, daß Schüler vom Schulbesuch dann zu beurlauben sind, wenn der Oberamtsarzt bestatigt, daß die Maul- und Klauenseuche in dem Gehöft in dem der Schüler wohnt oder beschäftigt ist, amtlich festgestellt und das Wegbleiben des Schülers von der Schule zur Verhütung weiterer Ausbreitung der Seuche erforderlich ist. Die beurlaubten Schüler sind anzumelden, während ihrer Beurlaubung die Gemeinschaft der übrigen Kinder zu meiden.

Wirkung der Schulärzte bei der Berufsberatung. Nach einer Bekanntmachung des württ. Kultministeriums hat der Schularzt künftig im Gesundheitsbogen darüber einen Vermerk zu machen, wie es sich mit der Tauglichkeit des Schülers, der die Schule verläßt, für einen Beruf verhält, ob derselbe für jeden Beruf tauglich ist, oder ob etwa bestimmte Berufe zu vermeiden sind. Sodann bekommt der Berufsberater das Recht, gegebenenfalls einen Einblick in den Gesundheitsbogen zu nehmen.

Jahrgeldermäßigung für Arbeitsdienstwillige. Die bisher den Arbeitsdienstwilligen bei der ersten Hinfahrt mit Kraftposten zum Arbeitsdienstlager und bei der späteren Rückfahrt zugestandene Jahrgeldermäßigung von 50 v. H. wird jetzt auch bei Urlaubstreifen der Arbeitsdienstwilligen mit der Kraftpost gewährt.

Emmingen, 12. Juni. (Schwerer Unglücksfall.) Am Samstag stürzte der bei der Bahn beschäftigte ledige Friedrich Krenz, Zimmermann von hier bei der Arbeit von der Eisenbahnbrücke bei Wildberg rücklings in die Tiefe, wo er schwer verletzt liegen blieb. Es besteht Lebensgefahr.

Dornstetten, 13. Juni. (Bezirks-Kriegertag.) Am Sonntag fand in Dornstetten der Bezirks-Kriegertag, verbunden mit dem 60jährigen Jubiläumsfest des Militärvereins in Dornstetten, unter ungeheurer großer Beteiligung aus nah und fern statt. Gegen 40 Vereine mit weit über 1000 Mitgliedern und eine stattliche Zahl von Mannschaften des Stahlhelms und des SA-Sturms nahmen teil. Einen weithin bekannten Anlaß des Festes gab der am Samstagabend veranstaltete Festabend, welcher zu einer Jubelfeier des Militärvereins anlässlich seines 60jährigen Bestehens wurde. Der Bezirks-Kriegertag am Sonntag begann bei Schützenheim zum „Bahnhof“ mit der Versammlung der Vorstände der Bezirksvereine. Oberstudienrat Dr. Fener eröffnete die Versammlung. Vertreten waren 19 Vereine. Bezirkschiefsleiter Eberhardt aus Baiersbrunn berichtete über den Bundeskongress in Hall. Eine Aussprache knüpfte sich an die jüngst ergangenen Führerordnungen. Sowohl der Berichterstatter als auch Amtsgerichtsdirektor Kaufmann fanden treffende Worte für die nationale Einstellung der in den Landesvereinen zusammengeschlossenen Krieger und Soldaten. Kreisamtsmitglied Boller gab den Vorständen beachtenswerte Richtlinien, die in den Sägen gipfelten: „Ihrt die Jungen heran, die werden von den Älteren beraten, mehr militärischen Charakters in den Vereinen, wir waren schon längst national und sozial, wir alten Krieger können mit Leistungen aufwarten. Wünsche von anderer Seite dürfen unter keinen Umständen geäußert werden, Deutschland kann und will nicht untergehen, denn im Deutschen steht der beste Kern. Unsere Jugend muß zu charaktersvollen Menschen erzogen werden. Zum Schluß wurde von der Versammlung noch angeregt, ob nicht Wege gefunden werden könnten, daß die Kriegszeitung womöglich von jedem Mitglied abonniert werde.“

Wildbad, 14. Juni. (Reichskanzler Hitler kommt nicht nach Wildbad.) Am 1. und 2. Juli findet in Wildbad ein „Deutscher Tag“ statt. Mehrfach sind nun Nachrichten verbreitet worden, daß Reichskanzler Adolf Hitler am Tage der Veranstaltung in Wildbad erscheinen werde. Er habe dies der Wildbader Ortsgruppe der NSDAP. auch bereits bestimmt schriftlich zugesagt. Die Wildbader Badeverwal-

Bei Kaiser Friedrichs Tod

gest. 15. Juni 1888

Von Karl v. Schönhardt

Als eine Sonne solltest Du wandeln, hoch und weit, Auf freien Bahnen wolltest Du führen deine Zeit. Das in verklärtem Lichte Der Welt im Traum gezeigt, Nun ist das Bild zunichte, Dies Haupt im Tod geneigt. Ihm war das Lied gesungen Von Heldengut und Leid: Es hat den Speer geschwungen Der dunkeln Mächte Reid. Weh dir und diesem Tage, Weh, Deutschland deiner Not! Erheb Kriemhildens Klage Um deines Siegfrieds Tod!

tung plane eine große Enzanlagenbeleuchtung und man erwarte einen Besuch von etwa 50 000 Personen. — Das Büro des Reichskanzlers teilt nun mit, daß die Gerüchte, der Kanzler Adolf Hitler werde am 1. und 2. Juli nach Wildbad kommen, in allen Teilen unbegründet sind.

Fürnjai, 12. Juni. (Von einem Pferd ins Gesicht geschlagen.) Am Samstag wurde eine Frau von einem Pferd ins Gesicht geschlagen, so daß sie jetzt schwere Verletzungen davontrug und ins Bezirkskrankenhaus Sulz übergeführt werden mußte.

Ebingen, 13. Juni. (Trauriger Abjchl.) Einen traurigen Abjchl nahm eine Hochzeitsfeier. Das Brautpaar Holdenried aus Frohnstetten wollte nach der Hochzeit mit dem Auto des Seewirto Maier in Winterlingen nach Ebingen zum Photographen fahren und nahm dazu noch den Brautführer und die Brautjungfer mit, so daß sich 5 Personen in dem Wagen befanden, den der Seewirt selbst führte. Nach der Rückkehr vom Photographieren ereignete sich dicht hinter Ebingen ein Unfall. Das Auto geriet bei der Bumpstation über die Straßenböschung, überschlug sich drei- bis viermal und wurde sehr stark beschädigt. Alle 5 Insassen wurden verletzt und sofort in das Ebingen Krankenhaus übergeführt. Während der Seewirt einen Schulterblattbruch und schwere Quetschungen davontrug, sollen die anderen Personen nur leicht verletzt sein.

Stuttgart, 13. Juni. (Württ. Staatstheater.) Die letzten Lebensstunden des unglücklichen bayerischen Königs Ludwig II., dessen Krankheit und Tod heute noch wieder und wieder in der Literatur diskutiert werden, schildert Fred A. Angermayer in seinem neuesten Drama, das am Staatstheater unter dem Titel „Starnberg, den 13. Juni“ erlcheint.

Führerschule. In Sillenbuch bei Stuttgart war bisher das Landheim der Kommunisten. Hier errichtete die Hitler-Jugend Württemberg die erste Führerschule.

Amerikanerbesuch in Stuttgart. Eine Gesellschaft von leitenden amerikanischen Verwaltungsbeamten und Vertreter amerikanischer Städte wird vom 28. Juni bis 13. Juli nach Stuttgart kommen, um hier hauptsächlich das Wohnwesen kennen zu lernen.

Sadnang, 13. Juni. (Vorzeitig ausgefliegen.) Auf der Station Ottenhof verunglückte Oberhofmeister Junger von Sadnang dadurch, daß er vor Anhalten des Wagens vom Wagen gestiegen ist. Hierbei verlor der Beamte das Gleichgewicht, so daß er mit dem Kopf auf den Boden aufschlug und einen Schädelbruch erlitt.

Göppingen, 13. Juni. (17 mal gestochen.) In der Nacht zum Dienstag drang der von seiner Frau getrennt lebende Arbeiter Holder von hier in deren Wohnung ein, überfiel sie im Bett und brachte ihr 17 Messerstiche im Gesicht bei. Die Frau wurde in schwerem Zustand ins Bezirkskrankenhaus Göppingen eingeliefert. Der Täter, der erst vor kurzem aus der Strafanstalt entlassen wurde, ist entkommen und konnte bisher nicht gefaßt werden.

Geislingen, 13. Juni. (Neuer Delant.) Die Defanats- und 1. Stadtpfarrstelle in Geislingen wurde dem bisherigen Pfarrer Brigel in Gingen an der Jils übertragen. Defan Brigel ist 1884 geboren und wurde 1912 Pfarrer in Rattshelm. Im Krieg wirkte er u. a. als Feldgeistlicher. 1927 kam er als Pfarrer nach Gingen a. d. J.

Westerkotten, 13. Juni. (Vom Tode über- rals.) Am Freitag nachmittag war der 72jährige Landwirt Georg Keller mit Kartoffelboden beschäftigt. Einige in der Nähe arbeitende Personen wurden auf sein Fehlen aufmerksam und fanden ihn auf dem Gesicht tot am Boden liegen. Ein Herzschlag hat seinem Leben ein Ende gesetzt.

Aus Baden

Hofheim, 10. Juni. Samstagfrüh wollte sich in der Lammstraße die 84 Jahre alte Frau Schmidt etwas wärmen. Dabei fiel ihr ansehnend das Streichholz auf den Boden und glimmte dort weiter. Es entwickelte sich rasch starker Rauch. Die Gressin wollte sich aus der Stube entfernen, war aber schon vom Rauch halb betäubt und hatte nicht mehr die Kraft dazu. Nachbarn wurden auf den Rauch aufmerksam, kamen und fanden die alte Frau hinter der Türe bewußlos liegen. Im städt. Bezirkskrankenhaus wurde sie mit dem Sauerstoffgerät wieder zum Bewußtsein gebracht.

Die Grundsätze für den Begriff „Hausgehilfin“

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Durch Gesetz vom 12. Mai 1933 ist die Beschäftigung als Hausgehilfin von der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit worden. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat hierzu bestimmt, daß als Hausgehilfinen nur diejenigen weiblichen Arbeitnehmerinnen angesehen werden, die häusliche Arbeiten gegen Lohn ausführen und in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen sind. Dabei

sind unter „häuslichen Arbeiten“ zu verstehen: Reinigen der Wohnräume, Heizen, Kochen, Bedienung der Mitglieder des Haushalts, Wartung der Kinder u. a. Unterliegt die Tätigkeit einer im Haushalt beschäftigten Kraft der Angehörtenversicherung, so ist auch weiterhin die Arbeitslosenversicherungspflicht gegeben. Häusliche Gemeinschaft liegt im allgemeinen nur vor, wenn die Arbeitnehmerin beim Arbeitgeber wohnt. Wenn sich jedoch Hausgehilfinen infolge besonderer Umstände, insbesondere infolge Raummangels, nur tagsüber in der Wohnung ihres Arbeitgebers aufhalten, für die Nacht aber in ihre eigene Wohnung oder in die ihrer Eltern zurückkehren, so kann in solchen Fällen die Beschäftigung das Gepräge einer echten Hausgehilfinenstelle gleichwohl behalten. Kräfte, die lediglich für einen Tag oder einige Stunden des Tages vom Arbeitgeber beschäftigt werden (Stundenfrauen, Putzfrauen, Monatsfrauen, Waschfrauen, Köchinnen u. a.) sind keine Hausgehilfinen im Sinne der erwähnten Bestimmung.

Nicht zu den Hausgehilfinen gehören Kellnerinnen, Zimmermädchen und sonstiges Bedienungspersonal in Gasthäusern, Pensionen, Pflanzschulen usw. Sie sind vielmehr Gewerbegehilfinen. Findet die Beschäftigung zum Teil in der eigentlichen Hauswirtschaft, zum Teil im Geschäftsbetrieb des Arbeitgebers statt, so ist im allgemeinen auch für die Zukunft Versicherungspflicht gegeben, es sei denn, daß die Beschäftigung im Geschäft nur geringfügig ist.

Nicht befreit sind ferner Hausgehilfinen (Zimmermädchen, Hausmädchen, Küchenmädchen, Pflanzfrauen) in Heil- und Pflanzschulen in Kliniken, Krankenhäusern, Erholungsheimen usw. Unerheblich ist hierbei, ob es sich um Unternehmen auf gewerblicher oder gemeinnütziger Grundlage handelt.

Bei Küchen- und Hausmädchen in Gasthäusern, bei Hausmädchen in Haushaltungen von Bäckern, Metzgern, kleinen Kaufleuten usw. kann die Frage, ob ihr Beschäftigungsverhältnis auch jetzt noch arbeitslosenversicherungspflichtig ist oder nicht, nur im Einzelfalle geklärt werden. Es ist daher nicht ganz richtig, wenn Berufsorganisationen der genannten Arbeitgeber ihre Mitglieder allgemein darauf hinweisen, daß deren Hausangehörte nunmehr der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung nicht mehr unterliegen. In Zweifelsfällen muß eine Entscheidung im Verfahren nach der Reichsversicherungsordnung herbeigeführt werden.

Staatskommissar Dr. Strölin nimmt an der Londoner Konferenz teil

Stuttgart, 13. Juli. Staatskommissar Dr. Strölin ist vom Deutschen Gemeindetag nach London entsandt worden, um die Interessen der deutschen Gemeinden bei den dort stattfindenden Verhandlungen über das Kreisabkommen für deutsche öffentliche Schulden 1933 zu vertreten. Dr. Strölin ist bereits abgereist.

Tagung der kirchlich-theologischen Arbeitskreise Württembergs

Stuttgart, 13. Juni. Kirche im Volk, Volk in der Kirche — diese Gegenwartsfrage zu klären, hatte sich die 2. Tagung der kirchlich-theologischen Arbeitskreise Württembergs zur Aufgabe gemacht, die in Stuttgart stattfand. 90 Pfarrer waren zu zweitägiger Arbeit zusammengekommen, viele von ihnen der jungreformatorischen Bewegung innerlich nahestehend, um gemeinsam die Anliegen eines wirklich kirchlichen Neubaus zu beraten. Kirchenpräsident D. Wurm entbot der Tagung durch ein von Stadtpfarrer Preßel überbrachtes Handschreiben seine Grüße; er brachte darin zum Ausdruck, daß er das Bemühen um die Reinerhaltung der Substanz der Kirche und ihrer Verkündigung nur unterstützen könne und das Ringen um ein richtiges Eingehen auf die augenblickliche Lage des Volkes von Herzen begrüße.

„Volk, das nach der Kirche ruft“ war das Thema des ersten, von Pfarrer Wegger-Stromweiler gehaltenen Referates. „Kirche, die dem Ruf des Volkes zu antworten hat“ — der zweite Vortrag, von Pfarrer Dippe-Würtingen gehalten, ging von der Frage aus, ob die Kirche, so wie sie heute ist, einem Ruf des Volkes nach wahrer Kirche entspricht. „Kirche, die ihre Gestalt aus dem Evangelium bestimmt“ — diese spezielle Seite des innerkirchlichen Neubaus beleuchteten die Referate von Studienrat Dr. Martin Haug-Urach und Stadtpfarrer Heinrich Bauerl-Heimsheim.

Kinderwagen — nicht Kraftwagen für die deutsche Frau

Stuttgart, 13. Juni. Am Sonntag fand hier zum Zwecke der Gleichhaltung eine Verlesung des Landesverbandes Württemberg und Hohenzollern im Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands statt, in der, wie der „NS-Kurier“ berichtet, der Staatskommissar für Volksgesundheit in Württemberg, Dr. med. Stähle, beherzigenswerte Ausführungen machte und u. a. sich dagegen wandte, daß der Schuß von Kinderreichen manderorts in einen Schuß der Kinderreichtum ungeteilt wurde. Man müsse die weibliche Jugend zurüdführen zum Ideal der Mutter und Hausfrau und es müsse dahin kommen, daß uns raffige Kinder wichtiger sind als ein raffiges Auto. Im ganzen Denken und Fühlen unserer Damen müsse der Kinderwagen höher im Kurs stehen als der Kraftwagen. Zu seinem Stellvertreter ernannte Dr. Stähle den Gruppenunterstützungsleiter Rau, die Geschäftsstelle bleibt in Ludwigsburg.

Aus dem Gerichtssaal

Von dem Einzelrichter in Remsbühl hatte sich der Bauunternehmer S. von B. zu verantworten, weil er es vorzüglich unterlassen hat, die am Arbeitslohn abgezogenen Anteile an den Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeträgen seiner Arbeiter und Angestellten an die Krankenkasse abzuführen, wodurch diese um einen wesentlichen Beitrag geschädigt worden ist. Die Anklage brachte zum Ausdruck, daß es unverantwortlich sei, den Versicherungsbeiträgen, die das ganze Versicherungswagnis für die Beschäftigten tragen, ihre zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit dringend erforderlichen Beiträge vorzuenthalten. Von einem verantwortungsbewußten Arbeitgeber müsse erwartet werden, daß er die Aufbringung und Ablieferung der Versicherungsbeiträge als ebenso notwendig betrachte, wie die Auszahlung der Arbeitslöhne. Das Gericht erkannte, auch mit Rücksicht auf den bedeutenden Betrag, auf eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Der Amtsanwalt hatte zehn Monate beantragt.

Unsere Zeitung bestellen!

